Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 274. Freitag, 25. November 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Tod des Diktators.

Vom höchsten Gipfel seiner Macht, mitten aus den heftigsten Kämpfen gegen die Strömungen in seinem Lande, hat der Tod Jonel Bratianu von der Bühne seiner gerissensten politischen Kunststücke abberufen. Jonel Bratianu war ein Meister seiner Kunst. Seine Kunst war nicht die große Politik. Seine Kunst bestand in seiner Kunstfertigkeit, politische Ereignisse und Möglichkeiten teils zur Stützung seiner eigenen Machtposition, teils für „eigene Rechnung" auszuwerten. Jonel Bratianu war nicht nur der gerissenste aller Balkan-Politiker, er war auch ein Geschäftsmann, mit allen Wassern des Balkans gewaschen, kenntnisreich in all den Listen und Winkelzügen einer Winkel-Diplomatie, ein skrupelloser Börsenjobber, dem seine Amtsstellung es gestattete, dann einzuspringen, wenn es ihm auf anderen, recht dunklen Wegen gelungen war, die „Chance" künstlich geschafft zu haben. Er war unumschränkter Diktator der innen- und außenpolitischen Geschicke Rumäniens, gleichzeitig aber auch einer er reichsten Männer seines Landes. Folgerungen aus diesen beiden Tatsachen zu ziehen, ist nicht allzuschwer.

Einer der genialsten Beherrscher des politischen Intrigantentums ist tot. Seine diplomatischen Taschenspiel-Kunststücke sind abgeschlossen, sein System, das System, mit dem der großrumänische Staat in den letzten Jahren regiert wurde, hat mit dem Verschwinden seines Schöpfers Grundlage, Existenz und Auswirkung verloren. Wohl gibt es noch eine liberale Partei in Rumänien, die bereit ist, das politische und finanzielle Erbe Jonel Bratianus anzutreten. Aber die Nachfolger dieses Bratianu sind höchstens seine Nachahmer. Epigonen, die das System eines Bratianu nicht anwenden können, weil sie es nicht beherrschen, schließlich auch nicht die Skrupellosigkeit und die Begabung ihres entschwundenen Meisters aufbringen können. Mag der Bruder des Verstorbenen, Herr Vintila Bratianu, den kaum erkalteten Händen Jonels das Staatsruder entwunden haben. Er, wie die anderen, die hinter ihm stehen, werden nur vorüberhuschende Schatten bleiben, die weichen müssen, weil ein von einem unerträglichen Joch befreites Rumänien die Stunde begriffen hat und nicht zögern wird, den Schlußstrich unter eine Vergangenheit zu ziehen, die nicht gerade ehrenvoll für das rumänische Ansehen war. So gibt es in der Tat nichts, was Jonel Bratianu als seine Erbschaft hätte hinterlassen können. Abgesehen von den finanziellen Reichtümern, die seine Familie der geschickten Geschäftspolitik Jonels verdankt, gibt es nichts, was man in der politischen Hinterlassenschaft des Verstorbenen als ein positives Aktivum buchen könnte. Seine letzten Energien, sein letztes Hazardspiel galten seinem Kampf gegen den Exkronprinzen Carol. Dieser Kampf war eigentlich schon vor dem Tode des Ministerpräsidenten ausgetragen worden. Das Urteil im Manoilescu-Prozeß brachte den entscheidenden Abschnitt in der Entwicklungszeit des aufsteigenden Bratianu. Sein Sturz von dem höchsten Gipfel der Macht war besiegelt, er wäre erfolgt, wenn der Tod nicht mitleidig den kühnen Abenteurer vor einem blamablen Ende bewahrt hätte.

Jonel Bratianu ist tot, die Auswirkung seines Todes ist die Krise, die jetzt einer Entscheidung entgegeneilt. Mit den willkürlichsten Gewaltmitteln hat es bisher Jonel Bratianu verstanden, die Presse des Landes und die Oppositionsparteien in ihrer freien Meinungsäußerung zu knebeln und kaltzustellen. Es ist nicht anzunehmen, daß sein kleinerer Nachfolger und jüngerer Bruder die brüchige Plattform seiner politischen Mission geeignet hält, um es auf einen Kampf auf hart und hart ankommen zu lassen. Nach einer bewährten alten Erfahrung verlassen die Ratten das sinkende Schiff. Die carolistische Bewegung im Lande als die jüngere, kräftigere und gesündere, wird den Nutzen aus diesem Erfahrungssatz ziehen können. Sie kämpft gegen das System der Korruption an. Also hat sie zum mindesten ein Ideal. Wo die Liberale Partei in Rumänien oder die Nachfahren Bratianus die tragende Idee ihres weiteren Kampfes suchen wollen, ist unersichtlich.

Verfehlt wäre es immerhin, jetzt schon zu glauben, Exkronprinz Carol habe sein Königsziel erreicht. Die carolistische Bewegung im Lande ist sehr stark. Aber auch im Königshause gibt es Strömungen, die eine ganz andere Lösung der rumänischen Thronfolgefrage suchen. Die Königin-Witwe von Rumänien, Maria, ist eine sehr ehrgeizige Dame. Und sie hat es Jonel Bratianu sehr verübelt, daß er sie nicht auf dem Königsthron beließ. Ihre erbitterte Fehde gegen den Ministerpräsidenten Bratianu trieb sie wohl wieder in die Arme ihres „verlorenen" Sohnes. Aber Bratianu ist jetzt tot. Und der verlorene Sohn ist recht weit. Es wäre daher zum mindesten nicht unmöglich, wenn Maria wieder zu ihrem ursprünglichen Plane zurückkehren sollte. Unmöglich ist es nicht, aber auch nicht wahrscheinlich. Die carolistische Bewegung ist die Sache des Volkes geworden. Diese Sache ist die stärkste. Sie wird sich daher durchsetzen, wenn auch nicht heute oder morgen, so doch in absehbarer Zeit.

Der Orden des Reichskanzlers.

vdz. **Berlin.** Bei dem Festessen des bayrischen Ministerpräsidenten Held zu Ehren des Reichskanzlers in München trug Dr. Marx eine Ordensauszeichnung. Man nahm in der Presse an, daß diese Auszeichnung das ihm kurz vorher in Wien verliehene österreichische Ehrenzeichen gewesen sei. Nun aber wird bekannt, daß der Reichskanzler bei der Gelegenheit in München das breite rote Band eines hohen päpstlichen Ordens angelegt hatte. Hierzu wird von maßgebender Seite festgestellt, daß die Anlegung dieses Ordenszeichens nicht der deutschen Reichsverfassung widerspreche, denn ausdrücklich fallen die vom Papst verliehenen Orden nicht unter den Art. 109 der Reichsverfassung, deren Annahme verboten ist. Die päpstlichen Orden können angelegt werden, weil der Papst kein weltlicher Souverän ist.

Das Polizeibeamtengesetz vor dem Landtag.

Pl. **Dresden**, 24. November 1927.

Der Landtag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem

Entwurfe eines Polizeibeamtengesetzes

und einem dazu vorliegenden sozialdemokratischen Antrag über die Auswahl der Lehrkräfte für die Landespolizei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Enterlein (Wirtsch.-Partei) eine längere Erklärung ab über die Haltung der Wirtschaftspartei beim Streik der Arbeiter der Tetzel-Werke in Oelsnitz.

Zur Begründung des Polizeibeamtengesetzentwurfs führt

Minister des Innern Dr. Apelt

nachdem er auf die Geschichte des Entwurfs eingegangen war, aus:

Die grüne Polizei sei zunächst durchaus militärisch organisiert gewesen. Dem Wunsche des Landtags im Jahre 1921 nach Gewährung der Staatsdienerschaft an die Polizeibeamten konnte nicht entsprochen werden, weil reichsgesetzl. Bestimmungen entgegen standen. Die Verhältnisse der Polizei stehen noch unter dem Drucke der Anordnungen der Siegerstaaten, und was wir vorlegen, entspricht den Forderungen der Botschafterkonferenz zu den sogenannten Restpunkten. Der Entwurf geht davon aus, daß die gesamte Polizeilaufbahn einheitlich gestaltet werde, also auch die Gemeindepolizei. Im nächsten Jahre wird der Staat auch die Polizei in Zwickau übernehmen. Die Polizei soll ihres militärischen Charakters ganz entkleidet werden. Der Sinn der Neuregelung ist der, daß die Polizeibeamten in ihrem Berufe ihre Lebensbetätigung finden können. Die Ausbildung, auch die der Offiziere, soll in der Polizeischule Meißen erfolgen. Nach dieser Vorbereitungszeit komme ein mehrjähriger Dienst in der Bereitschaft und dann die Ueberführung in den Einzeldienst. Auf die geschlossenen Bereitschaften kann zur Zeit noch nicht verzichtet werden, ebenso auf die militärische Ausbildung. Wenn auch die Polizei dem Staatsdienergesetze angepaßt werden soll, so müssen doch bestimmte Besonderheiten bestehen bleiben. So soll das Ruhealter das sechzigste Lebensjahr sein. Weiter ist nötig das Eheverbot für zu junge Beamte, das ich selbst bedauere. In besonderen Fällen sollen aber Ausnahmen gestattet sein. Auch die Führer und Erzieher sollen denselben Bildungsgang erhalten, wie die Mannschaften, sie müssen aber außer ihrer Fachbildung auch eine gewisse Allgemeinbildung sich erwerben und sie durch Ablegung einer Prüfung beweisen. Jedem Beamten soll es ermöglicht werden, Offizier zu werden. (Zurufe von links: Theorie!) In den Beamten soll ein tüchtiger republikanischer Beamtengeist großgezogen werden.

Abg. **Liebmann** (Soz.) bemerkt, in dem Entwurfe sei nichts enthalten, das darauf schließen lasse, daß an dem gegenwärtigen System grundlegende Aenderungen vorgenommen werden sollten. Alles solle beim alten bleiben. Der militärische Charakter der Polizei müsse unbedingt beseitigt werden und deshalb seien die Bereitschaften aufzulösen. Die Offiziere dürften nicht mit allerhand Sonderrechten ausgestattet werden. Er glaube nicht daran, daß jedem Beamten die Möglichkeit gegeben werden solle, Offizier zu werden. Redner bringt dann allerhand Beschwerden über die Verhältnisse bei der Polizei und gegen den Polizeipräsidenten Kühn vor.

Schließlich begründet Redner den Antrag seiner Partei und fordert, daß in der republikanischen Landespolizei nur Lehrkräfte beschäftigt werden, deren republikanische Gesinnung außer allem Zweifel steht und daß im besonderen beim staatsbürgerlichen Unterrichte nachdrücklichst auf die Festigung der republikanischen Treue innerhalb der Polizeibeamtenschaft hingewirkt wird.

Abg. **Siegert** (Dnat.) wendet sich zunächst gegen den Vorredner, dessen Vorgehen gegen Personen, die sich hier nicht verteidigen könnten, unfair sei. Der Entwurf bedinge eine wesentliche Besserstellung der gesamten Polizeibeamtenschaft und stelle eine wichtige Grundlage zum Ausbau einer Einheitspolizei dar. Die Besserstellung liege in der Vereinheitlichung sämtlicher Beamtengruppen, in der einheitlichen Regelung der Laufbahn sämtlicher Vollzugsbeamten, in der Ordnung der Anstellungs- und Kündigungsverhältnisse der Offiziere und Mannschaften. Die im Entwurfe vorgesehenen Abweichungen vom Beamtenrecht, Kasernierung, Erschwerung der Ehe, seien im Wesen der Polizei begründet. Der Rang des Leiters der Polizeischule möchte erhöht werden. Von den Offizieren sollte der Nachweis einer guten Allgemeinbildung durch Ablegung der Abiturientenprüfung gefordert werden. Mit den vorgesehenen Kündigungsgründen sei er im allgemeinen einverstanden.

Hiernach entspinnt sich eine Debatte über den Tag der nächsten Sitzung. Der Präsident schlägt, da der Haushaltsausschuß A am Dienstag auswärts weilt, Donnerstag, den 1. Dezember vor. Abg. **Edel** (Soz.) verlangt eine Sitzung am Mittwoch und beschwert sich darüber, daß man durch Abhaltung weniger Sitzungen den Landtag politisch ausschalten wolle. Es sollten nun endlich einmal die Anträge und Anfragen seiner Partei verhandelt werden, wie die Anfrage über die Hinrichtung Saccos und Vanzettis. (Allgemeine Heiterkeit.) Abg. **Renner** (Komm.) stimmt dem Vorredner bei.

Das Haus beschließt mit den Stimmen der Kommunisten, Linkssozialisten und Altsozialisten, in der nächsten Woche zwei Sitzungen, und zwar am Mittwoch und Donnerstag, stattfinden zu lassen.

Abg. **Renner** (Komm.) lehnt in der weiteren Vorberatung des Entwurfs diesen ab, denn er verfolge nur den Zweck, die Polizei militärisch zu organisieren, um sie gegen die Arbeiter verwenden zu können.

Abg. **Beyke** (A.-Soz.) spricht sein Bedauern über die Angriffe Liebmann auf höhere Polizeibeamte aus. Die heute wieder vorgebrachten Beschwerden gegen den Polizeipräsidenten Kühn seien trotz wiederholter Aufforderungen des Angegriffenen seinerzeit von dem Beamtenausschuß nicht geprüft worden. Die Vorlage bringe zweifellos einen Fortschritt. Hinsichtlich der Ausbildung der Polizeibeamten und -Offiziere hätten seine Freunde verschiedene Wünsche, die sie im Ausschuß vertreten würden. Bedenken habe er, daß durch die Bestimmungen des Entwurfs den Offizieren eine Sonderstellung eingeräumt werden solle. Die Strafmaßnahmen dürften nicht den Offizieren übertragen werden.

Abg. **Dr. Seifert** (DVP.) begrüßt die Vorlage. Die Regierung sei bemüht gewesen, im Rahmen des Möglichen den Wünschen der Polizeiorganisationen nachzukommen. (Im Saale sind der Präsident und 5 Abgeordnete anwesend!) Was das Problem der Eheschließung der Bereitschaftsbeamten anlange, so müßten die staatlichen Interessen in erster Linie ausschlaggebend sein. Zu begrüßen sei die Bestimmung, die den Polizeibeamten jede parteipolitische Betätigung in Dienstkleidung untersage. Auf die Allgemeinbildung der Offiziere müsse besonderer Wert gelegt werden. Den sozialdemokratischen Antrag lehne seine Partei ab.

Abg. **Dr. Dehne** (Dem.): Auch seine Partei halte die Vorlage als eine geeignete Grundlage für ein Polizeibeamtengesetz. Es sei hohe Zeit, daß für die Polizeibeamten die rechtlichen Verhältnisse geklärt und gebessert würden. In dem Entwurfe vermisse er die Regelung der Rechte der weiblichen Polizeibeamten.

Damit schließt die Aussprache.

Die Vorlage und der sozialdemokratische Antrag gehen an den Rechtsausschuß.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 30. November, nachm. 1 Uhr: Linkssozialistische Anträge und Anfragen.

Ein großer Reparationsschwindel aufgedeckt.

)(**Berlin.** Ein großer Reparationsschwindel, der sich über die Pfalz, Baden und Württemberg erstreckt und dessen Ausmaße noch nicht zu übersehen sind, ist jetzt in Landau aufgedeckt worden und wird heute in seinen Einzelheiten bekannt. Auf eine Zeitungsmeldung, daß ein französischer Kaufmann drei südpfälzische Bauunternehmer um mehrere tausend Mark geschädigt habe, indem er Aufträge auf Holzhäuserbauten im Innern Frankreichs vorschwindelte, meldeten sich vier weitere süddeutsche Bauunternehmer, die durch den Schwindler um größere Beträge geschädigt worden sind. Es handelt sich nicht um einen französischen Kaufmann, sondern um einen in Heidelberg wohnhaften Deutschen namens Franz Philipp, der lange in Frankreich gelebt hat und durch sicheres Auftreten und Vorlage amtlicher Dokumente den Firmen glaubhaft zu machen verstand, daß es sich um Lieferungen auf Reparationskonto nach Frankreich handle. Den Bauunternehmern legte er einen Lieferungsplan über 1200 Holzhäuser im Werte von je 8000 Mk. vor, die angeblich in der Nähe von Paris erstellt werden sollten. Wahrscheinlich sind noch weitere Firmen durch diesen Schwindler geschädigt worden.

Das englische Riesenluftschiff

ist zweimal so groß wie der größte bisher gebaute Zeppelin und enthält 4 Stockwerke. Es führt eine Besatzung von 50 Mann und kann 100 Passagiere befördern. Außerdem ist ein Speisesaal für 50 Personen vorhanden. Das Fassungsvermögen beträgt 5 Millionen Kubikfuß.

Die „Nie wieder Krieg-Konferenz".

)(**London.** Nitti erklärt in seiner Rede zur Eröffnung der „Nie wieder Krieg-Konferenz", die Kriegsgefahr sei noch nie so groß gewesen wie augenblicklich und sei noch größer als 1913, am Vorabend des europäischen Krieges. Sogar nach der Abrüstung Deutschlands, Oesterreichs und Bulgariens habe Europa im ganzen fast eine Million Menschen mehr unter Waffen als vor dem Kriege und gebe für militärische Zwecke 2 200 000 000 Dollar aus. Das ganze schöne Gerede in Genf könne in keiner Weise die Wirklichkeit ändern. Die Rüstungsverminderung werde erörtert, doch gingen die Rüstungen weiter. Zwischen den Völkern selbst bestehe kein Haß. Das deutsche und das französische Volk hassen einander nicht. Es gebe jedoch in jedem Land bösartige Minderheiten, die noch heute die Sprache trunkener Derwische redeten.

Nitti griff den Faschismus an, der in Italien alle Freiheit unterdrücke. Italien sei ein Gefängnis, in dem das Leben unerträglich geworden sei. Trotz der falschen Statistik nehme die finanzielle Unordnung in Italien fast täglich zu. Mussolini habe niemals seinen Willen zum Kriege verhehlt. In Genf sei niemals ernstlich die Absicht hervorgetreten, die Rüstungen zu vermindern.

Nittis Rede löste stürmischen Beifall aus.

Der deutsche Vertreter, General von Schönaich, wurde bei seiner Einführung von den zahlreichen Anwesenden, unter denen sich viele Frauen befanden, ebenfalls lebhaft begrüßt.

SLUB
Wir führen Wissen.